

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
03.03.2021
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 6-10
Schriftführung
Friedhelm Assmann
Telefon-Nr.
02202-141428

Niederschrift

Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität
Sitzung am Dienstag, 23.02.2021

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 21:50 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

von 18:14 – 18:26 Uhr, 19:47 – 19:58 Uhr und 21:10 Uhr – 21:18 Uhr)

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Vereidigung sachkundiger Bürger**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung
- öffentlicher Teil -
0036/2021**
- 5 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 7 **Haushaltsplanberatungen 2021 FB 6-60**
0038/2021
- 8 **Haushalt 2021 des Fachbereiches Umwelt und Technik für den Produktbereich Verkehrsflächen (7-66), Produktgruppe 12.760 Bau-, Unterhaltungs- und Planungsaufgaben an Verkehrsflächen und -anlagen**
0039/2021
- 9 **Straßenbauprogramm 2021**
- hier: Erneuerung der Straße Elfenpfad ("Märchensiedlung Heidkamp")
0040/2021
- 10 **InHK Bensberg**
- Maßnahme Wohnpark Bensberg
0055/2021
- 11 **Verkehrsuntersuchung Schildgen**
- Beschluss zum weiteren Vorgehen
0043/2021
- 12 **Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag, in der Altenberger-Dom-Straße zwischen Kempener Straße und Schlebuscher Straße den vorhandenen Radschutzstreifen auf die maximal mögliche Breite zu vergrößern**
0047/2021
- 13 **Konzept zur Öffnung der Laurentiusstraße für Fahrradfahrer in beiden Richtungen**
0045/2021
- 14 **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach vom 29.11.2020 zur Entwicklung einer Teilstrecke der Radverkehrsachse Rösrath - Bergisch Gladbach - Leverkusen**
0048/2021
- 15 **Antrag der CDU Fraktion vom 27.11.2020, die Probephasenentscheidung für Radstreifen entlang der Buddestraße auszusetzen**
0049/2021
- 16 **Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2021 "Lokaler Einzelhandel und lokale Wirtschaft fördern - kostenlose Parkzeit auch in 2021 verlängern"**
0057/2021
- 17 **Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2021 zu Lärmschutzmaßnahmen auf der L289 zwischen Moitzfeld und Herkenrath**
0051/2021
- 18 **Anfrage der CDU Fraktion vom 26.01.2021 zum Gefälle der Schloßstraße**
0116/2021
- 19 **Antrag der CDU Fraktion vom 27.01.2021 auf Ermittlung der Kosten eines dynamischen Mobilitätsleitsystems für die Bensberger Innenstadt**
0110/2021
- 20 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.06.2019 zur Errichtung eines Fußgängerübergangs Niedenhof/Ecke In der Auen sowie einer Beschilderung zur Verdeutlichung des Schulweges**
0052/2021

21 Antrag der SPD Fraktion, der FDP Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.0.2021 zur Schaffung von Investitionstransparenz für den Ausbau der Radinfrastruktur
0124/2021

22 Antrag der SPD Fraktion, der FDP Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.01.2021 zum Stadtradeln 2021
0125/2021

23 Anregung vom 04.03.2020, in der Straße Im Kleefeld eine Halteverbotszone einzurichten
0053/2021

24 Anfragen der Ausschussmitglieder

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Cramer eröffnet anschließend die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er begrüßt folgende Ausschussmitglieder, Verwaltungsmitglieder und Gäste:

CDU Fraktion

Christian Held
Gabriele von Berg
Hermann-Josef Wagner
Dr. Oliver Schillings
Lennart Höring
Robert-Martin Kraus

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beate Rickes
Dr. Josef Cramer
Maik Außendorf
Henning Schmitz
David Kirch

SPD Fraktion

Andreas Ebert
Michael Zalfen
Klaus W. Waldschmidt
Corvin Kochan

AFD Fraktion

Frank Cremer

FDP Fraktion

Jörg Krell

Fraktion BÜRGERPARTEI GL

Thomas Klein

Fraktion Freie Wählergemeinschaft

Dr. Benno Nuding (bis 20:50 Uhr)

Karl-Heinz Sybertz (ab 20:50 Uhr)

Verwaltung

Herr Flügge VVII

Frau Krause 6-60

Frau Mehrtens 6-61

Herr Assmann 6-10

Herr Euler 3-32

Herr Schmitz VVII

Herr Hardt 7-66

Herr Dr. Cramer weist darauf hin, dass folgende ergänzende Unterlagen auf den Plätzen verteilt wurden:

- Investive Änderungsliste Haushalt Verkehrsflächen zu TOP 8
- Ergänzung der Verwaltung zu TOP 13
- AFD Antrag zu TOP 13
- Ergänzung der Verwaltung zur Vorlage TOP 18
- Antrag der Ampelfraktionen zu TOP 18

2. Vereidigung sachkundiger Bürger

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes führt der Vorsitzende die folgenden neuen sachkundigen Bürger in ihre Ämter ein:

Karl-Heinz Sybertz (Fraktion Freie Wählergemeinschaft)

Lennart Höring (CDU Fraktion)

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung**
- öffentlicher Teil -
0036/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Keine

6. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine

7. **Haushaltsplanberatungen 2021 FB 6-60**
0038/2021

Auf Anfrage von Herrn Held erklärt Frau Krause, dass die auf Seite 237 des Haushaltsplanentwurfs aufgeführten investiven Mittel für das Mobilitätskonzept für die Umsetzung der Radverkehrsmaßnahmen vorgesehen sind.

Herr Außendorf fragt (zu TOP 7 und 8) an, inwieweit Mittel in diesem Haushaltsjahr bereits Mittel für den Radverkehr zwischen 20 und 35 Euro/Jahr/Einwohner berücksichtigt seien.

Frau Krause sowie Herrn Hardt verneinen dies. Der Verwaltung falle es schwer, diese Beträge (nachvollziehbar und vergleichbar) auf einen Einwohner und ein Jahr zurückzurechnen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der Bürgerpartei GL)

Der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität empfiehlt dem Rat, den Teilhaushalt 2021 der Abteilung „6-60 Strategische Stadtentwicklung/Kommunale Verkehrsplanung“ in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.

8. **Haushalt 2021 des Fachbereiches Umwelt und Technik für den Produktbereich Verkehrsflächen (7-66), Produktgruppe 12.760 Bau-, Unterhaltungs- und Planungsaufgaben an Verkehrsflächen und -anlagen**
0039/2021

Auf eine Anfrage von Herrn Krell erklärt Herr Hardt, dass der Abteilung jährlich Mittel in Höhe von 5 Mio Euro für das Straßenbauprogramm und Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Dabei ergaben sich für das Straßenbauprogramm 2021 nach Absprachen mit dem Abwasserwerk und den Versorgungsträgern leichte Verschiebungen der Maßnahmen gegenüber der Ursprungsplanung.

In der Anlage 3 zur Vorlage seien lediglich die Veränderungen dargestellt.

Auf Anfrage von Herrn Nuding informiert Herr Hardt, welche Bereiche an der „Flora“ für die Fahrbahndeckenerneuerung vorgesehen seien (Kreuzungsbereich und der Teil der Paffrather Straße bis Reuterstraße). Dabei sei auch die Anbringung eines Radfahrerschutzstreifens in der

Maßnahme enthalten.

Auf Anfrage von Herrn Cremer erklärt Herr Hardt, dass ab dem Jahr 2022 die durch Eigenleistungen erbrachten Personalkosten der städtischen Ingenieure vom Ergebnisplan in den Vermögenshaushalt überführt werden, da sie dort aktiviert und als Vermögensleistung über Jahre abschreibbar seien.

Herr Klein bemängelt, dass umstrittene Maßnahmen (wie der Elfenpfad) höher priorisiert seien als dringend notwendige Maßnahmen.

Laut Ausführungen von Herrn Hardt liege das an der Umsetzbarkeit der einzelnen Maßnahmen in den betreffenden Jahren.

Auf eine Frage von Herrn Krell zur Verwendung der in Anlage 2 aufgeführten Mittel für den Grunderwerb der Baulandstrategie erklärt Herr Hardt, dass diese Frage nicht den ASM beträfe und keinen Bezug habe zum heute zu beschließenden Haushalt der Abteilung Verkehrsflächen. In der Aufstellung gem. Anlage 2 seien lediglich Investitionsmaßnahmen priorisiert dargestellt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der Bürgerpartei GL)

Der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität empfiehlt dem Rat, den beigefügten Teilhaushalt für den Produktbereich Verkehrsflächen (7-66), die Investitionen und die Änderungsliste in der Fassung der Vorlage sowie unter Berücksichtigung der vom Ausschuss empfohlenen Änderungen zu beschließen.

9. Straßenbauprogramm 2021
- hier: Erneuerung der Straße Elfenpfad ("Märchensiedlung Heidkamp")
0040/2021

Herr Cremer teilt mit, dass die AFD Fraktion der Maßnahme nicht zustimmen werde, da sich die Anwohner gegen diese Maßnahme ausgesprochen hätten.

Herr Außendorf fragt an, inwieweit sich allein aus der Verkehrssicherungspflicht eine Straßenerneuerung ergebe.

Für Herrn Waldschmidt stellt sich die Frage nach den zu erwartenden Reparaturkosten in den nächsten Jahren, falls die Straßenerneuerung nicht durchgeführt werde.

Herr Hardt macht deutlich, dass sich die Frage nach einer Straßenerneuerung aus der Verlegung des Regenwasserkanals ergeben habe. Durch einen zeitnahen Ausbau der Straße nach Fertigstellung des Kanals seien Synergieeffekte zu erwarten, die sich finanziell günstig auf die Beitragshöhe auswirken. So können beispielsweise auch die neuen Anschlüsse der Straßenabläufe mit hergestellt werden. Außerdem seien Einsparungen bei der Entsorgung des belastenden Bodens zu erwarten, da diese Kosten das Abwasserwerk übernehme.

Herr Hardt weist darauf hin, dass neben diesen Vorteilen die nach § 8 KAG von den Anwohnern zu erhebenden Straßenbaubeiträge bis 2024 vom Land mit 50% gefördert werden.

Wenn man sich für die Ausweisung der Straße als Privatstraße entscheide, gehe auch die Verkehrssicherungspflicht auf die Anwohner über. Der finanzielle Aufwand für Reparaturen im Falle eines Nichtausbaus sei schwer bezifferbar.

Wie auch Herr Cremer lehnt Herr Wagner den Ausbau ab, da es sich um eine fast ausschließlich von Anwohnern genutzte Sackgasse handle und die Anwohner diesen Ausbau nicht wünschen.

Herr Flügge plädiert dafür, diese Chance auf die genannten Synergieeffekte nicht zu vergeben.

Herr Cremer regt an, die Anwohner zu befragen, ob sie die Umwandlung in eine Privatstraße wünschen.

Herr Klein plädiert ebenfalls für eine erneute Anwohnerbefragung. Er bezweifelt die Notwendigkeit der vorausgehenden Kanalbaumaßnahme. Aufgrund des Ergebnisses der Anwohnerbefragung und der zweifelhaften Notwendigkeit lehnt auch er die Straßenerneuerung ab.

Herr Ebert hält es für verantwortungslos, wenn man die aufgezählten Vorteile nicht nutze und alternativ eine Privatstraße in Erwägung ziehe, bei der die Anwohner sämtliche Reparaturkosten tragen müssten (und eines 100% Anteil der Ausbaurkosten, wenn erforderlich) und bei der die Haftung auf die Anwohner übergehe.

Herr Kochan weist darauf hin, dass die Straße als Schulweg genutzt werde. Ein Übergang der Verkehrssicherungspflicht sei sicher nicht im Sinne der Anwohner.

Auf Anfrage von Herrn Kraus teilt Herr Hardt mit, dass das Abwasserwerk nach der Kanalbaumaßnahme lediglich verpflichtet sei, die Straßendecke wieder zu schließen.

Nach einigen Wiederholungen der Argumente durch Herrn Cremer und Herrn Klein lässt Herr Dr. Cramer über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion, der AFD Fraktion, der Fraktion Freie Wählergemeinschaft und der Bürgerpartei GL)

Der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität beschließt den Ausbau der Straße Elfenpfad gemäß der in der Sitzung vorgestellten Form (Variante 3).

**10. InHK Bensberg
- Maßnahme Wohnpark Bensberg
0055/2021**

Herr Dr. Cramer verliest die vorangegangenen Beschlüsse des ASWDG, sowie des AUISO.

Auf Anfrage von Herrn Waldschmidt erläutert Frau Krause die sich aus dem MobiK ergebenden vorgesehenen Fahrradverbindungen vom Wohnpark in die Innenstadt. Hier gebe es die Maßnahmen an der Overather Straße (die noch nicht im Arbeitsprogramm enthalten seien) und die (bereits geplanten, aber noch nicht umgesetzten (erst Kanalbau)) Maßnahmen an der Friedrich-Offermann-Straße.

Auf Anfrage von Herrn Nuding bezüglich des vorgeschlagenen Verzichts auf klassische Spielgeräte erklärt Frau Mehrrens, dass im weiteren Beteiligungsprozess kreative Ideen entwickelt werden sollen.

Herr Nuding befürchtet allerdings, dass bereits eine Vorentscheidung getroffen sei. Er beantragt die Streichung des 6. Absatzes auf Seite 49 der Einladung (Auf klassische...).

Auf Anfragen von Herrn Außendorf zu den Maßnahmen RV 33 und RV 1 erklärt Frau Mehrrens, dass die InHK Maßnahme lediglich die Fußwegeverbindungen und keine Radwegeverbindungen betrachtet.

Herr Klein begrüßt die Vielfältigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen und würde sich dies auch in anderen Quartieren wünschen.

Auf Anfrage von Herrn Gajewski-Schneck erklärt Frau Mehrrens, dass die Begrenzung des Quartiersmanagements auf 2 Jahre mit dem InHK Förderzeitraum zu begründen sei.

Herr Wagner teilt mit, dass die CDU Fraktion aufgrund der Beeinträchtigung des Verkehrsflusses nicht einverstanden sei mit dem Rückbau der Bushaldebucht im Rahmen der Maßnahme C 1.2. Er regt an, mit der Kirche über einen Grundstückserwerb zu verhandeln und beantragt zunächst die Herausnahme der Maßnahme C 1.2 aus dem Konzept. Frau Krause führt an, es gehe um die Busbucht stadtauswärts, nicht um die Haltestelle stadteinwärts.

Entgegen den Ausführungen von Frau von Berg und Herrn Kraus führt Frau Krause aus, dass der Verkehrsfluss durch die Entfernung der Busbucht nur unwesentlich beeinträchtigt werde. Vielmehr wolle man den Busverkehr attraktiver und deren Pünktlichkeit wahrscheinlicher machen.

Aufgrund einer fehlenden Anschlussfinanzierung nach Auslauf der InHK Förderung wird sich die AFD Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Auf Anfrage von Herrn Krell erklärt Herr Flügge, dass sich die Einbindung von 4 Ausschüssen mit der Thematik aus der Zuständigkeitsordnung ergebe, weil unterschiedliche Bereiche tangiert seien.

Herr Ebert begrüßt die Verwaltungsvorschläge und würde sich eine zeitnahe Realisierung wünschen.

Auch Herr Zalfen kann die Argumente der Verwaltung nachvollziehen und wird dem Konzept vollinhaltlich zustimmen.

Herr Ebert, Herr Waldschmidt und Herr Außendorf sprechen sich zur Stärkung des ÖPNV gegen den CDU Antrag aus, weil der Rückbau der Busbucht lediglich geringfügige Beeinträchtigungen des fließenden Verkehrs zur Folge habe.

Sodann lässt der Vorsitzende über die beiden Fraktionsanträge abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der Freien Wählergemeinschaft bei Enthaltungen der CDU Fraktion, der AFD Fraktion und der Bürgerpartei GL)

Der Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft hinsichtlich der Herausnahme des Verzichts auf klassische Spielgeräte aus dem Konzept wird abgelehnt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion und der Bürgerpartei GL und Enthaltung der AFD Fraktion)

Der Antrag der CDU Fraktion auf Herausnahme des Punktes C 1.2 aus dem Konzept wird abgelehnt.

Sodann lässt Herr Dr. Cramer über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der AFD Fraktion)

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage beschriebenen vier Maßnahmen im Wohnpark Bensberg entsprechend der dargestellten Ausführungen, weiterzubearbeiten.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung von 18:14 Uhr bis 18:26 Uhr für eine Stoßlüftung.

**11. Verkehrsuntersuchung Schildgen
- Beschluss zum weiteren Vorgehen
0043/2021**

Auf Anfrage von Herrn Klein teilt Frau Krause mit, dass derzeit noch nicht feststehe, welche Akteure zu den Beteiligungsterminen geladen werden. Die Kosten für die beiden Termine seien unabhängig davon in die Berechnung einbezogen worden, wer letztendlich eingeladen werde.

Auf Anfrage von Herrn Krell zum Zeithorizont der Maßnahme erklärt Frau Krause, dass die Durchführung der Parkraumuntersuchungen während eines Lockdowns wenig Sinn mache. Dies werde mit dem Büro MWM abgestimmt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, das vorliegende Angebot des Büros MWM aus Aachen zur weiteren Ausqualifizierung der Planung sowie Vorbereitung zur Öffentlichkeitsbeteiligung zu beauftragen und regelmäßig im ASM über den Sachstand des Projektes zu informieren.

**12. Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag, in der Altenberger-Dom-Straße
zwischen Kempener Straße und Schlebuscher Straße den vorhandenen
Radschutzstreifen auf die maximal mögliche Breite zu vergrößern
0047/2021**

Herr Außendorf zeigt sich überrascht, dass die Verwaltung nicht an dem Mehrheitsbeschluss des AUKIV festgehalten wolle. Er und auch Herr Krell beantragen stattdessen, im Beschlussvorschlag das Wort "nicht" durch das Wort "schnellstmöglich" zu ersetzen.

Herr Wagner fragt an, inwieweit die Kosten für die Beseitigung des Provisoriums bezifferbar seien, die möglicherweise nach Realisierung des Gesamtkonzepts anfallen. Er plädiert dafür, die Gefahrenstellen durch Verbreiterung des Radfahrstreifens zu minimieren.

Herr Kochan stimmt diesen Ausführungen zu.

Herr Klein plädiert für eine Verringerung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im potentiellen Gefahrenbereich.

Herr Flügge sagt zu, die provisorischen Maßnahmen mit dem Büro abzustimmen, das mit der Verkehrsuntersuchung Schildgen beauftragt ist.

Auf Anfrage von Herrn Schmitz erklärt Herr Hardt, dass seitens des Straßenbaus für nächstes Jahr die neuen Fahrbahndecken (mit Radschutzstreifen) der zuführenden Äste geplant seien und die Oberflächenerneuerung im Bereich Schildgen-City im Jahr 2023. Im Hinblick auf die zu erwartende langfristige Lösung sollte auf ein Provisorium verzichtet werden. Die Entfernung von Parkplätzen würde bereits eine Vorgabe für die spätere Oberflächenerneuerung darstellen.

Herr Gajewski-Schneck hält die aktuelle Situation für unzumutbar und spricht sich für eine Verbreiterung des Radfahrstreifens aus.

Auf Anfrage von Herrn Klein erklärt Frau Krause, dass der Parkraumuntersuchung nicht

vorgegriffen werden soll; die Lösung des Radschutzstreifens solle daher nach Möglichkeit unter Beibehaltung der vorhandenen Parkstreifen realisiert werden.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über den Änderungsvorschlag von Herrn Außendorf abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der CDU Fraktion und der AFD Fraktion)

Der Ausschuss beschließt, die mit der „Verkehrsuntersuchung Schildgen“ angestoßene Planung und Umsetzung der ganzheitlichen Umgestaltung des Straßenraums fortzuführen, die Ressourcen hierauf zu konzentrieren und die in zwei Teilbereichen mögliche Verbreiterung der Radschutzstreifen schnellstmöglich umzusetzen.

13. Konzept zur Öffnung der Laurentiusstraße für Fahrradfahrer in beiden Richtungen *0045/2021*

Herr Dr. Cramer weist darauf hin, dass zu diesem Punkt ein Antrag der AFD Fraktion eingegangen ist, über den zusätzlich zu beraten sei.

Herr Außendorf spricht sich gegen den Verwaltungsvorschlag aus und plädiert für die Realisierung einer Fahrradstraße mit KFZ-Anliegerverkehr. Dabei sollten den Anliegern Möglichkeiten für Ersatzparkplätze aufgezeigt werden. Er hält es perspektivisch durchaus für möglich, dass der Radverkehr zukünftig vorherrschende Verkehrsart werde und verspricht sich einen positiven Effekt für den dortigen Einzelhandel.

Herr Kochan stimmt dem zu. Er hält die Ausführungen der Verwaltung zu den vorgegebenen Mindestfahrbahnbreiten für zweifelhaft. Er würde sich wünschen, dass man sich in anderen Städten erkundige und aus diesen Erkenntnissen eigene Leitlinien für die Entwicklung von Fahrradstraßen erarbeite. Frau Krause führt an, dass die Verwaltung beabsichtige einen Leitfaden für Fahrradstraßen zu erarbeiten.

Herr Euler macht deutlich, dass es durchaus unterschiedliche Auffassungen über die erforderlichen Fahrbahnbreiten gebe. Fakt sei aber, dass Fahrradstraßen nur in Straßen realisiert werden dürfen, in denen der Radverkehr vorherrschende Verkehrsart sei. Er hält es für höchst unwahrscheinlich, dass sich das derzeitige Verhältnis zwischen Auto- und Radverkehr zukünftig komplett umkehre. Aufgrund der vorherrschenden Verkehrsart Autoverkehr sei aus rechtlicher Sicht derzeit lediglich eine Testphase denkbar. Herr Euler weist darauf hin, dass der Radverkehr im Falle der Fahrradstraße ohne geeigneten Schutz die Laurentiusstraße bergab in den Gegenverkehr fahren würde. Zudem gibt Herr Euler zu Bedenken, dass durch die Umleitung des Autoverkehrs über Stationsstraße und Schnabelsmühle, dort bestehende Unfallhäufungsstellen zusätzlich belastet werden.

Herr Kraus kann die Argumente der Verwaltung durchaus nachvollziehen. Seiner Ansicht nach sollten Fahrradstraßen in besser geeigneten Straßen realisiert werden.

Herr Maus bemängelt, dass die Befürworter der Fahrradstraße die von der Verwaltung genannten Fakten gegen eine Fahrradstraße und auch die Meinungen der Anlieger offenbar ignorieren.

Herr Ebert dagegen hält die Fahrradstraße in der Laurentiusstraße zu einer gefahrenminimierten Führung des Radverkehrs für praktisch alternativlos.

Nach Auffassung von Herrn Waldschmidt sei die Laurentiusstraße geradezu prädestiniert für eine Fahrradstraße und verweist auf die vielen zu erwartenden Vorteile.

Frau Krause macht deutlich, dass die vorgeschlagene Variante 3 (Schutzstreifen) durchaus die Gewähr dafür biete, den Radverkehr sicher über die Laurentiusstraße zu leiten. Sie weist zudem darauf hin, dass die Fahrradverbände diese Lösung bevorzugen.

Herr Klein bezweifelt, dass sich die Laurentiusstraße für eine Fahrradstraße eigne.

Herr Kraus weist darauf hin, dass eine Fahrradstraße die Abpollerung der Hornstraße zur Folge habe. Er plädiert dafür, die Argumente der Kreispolizeibehörde sowie der Verwaltung nicht zu ignorieren.

Herr Außendorf verweist auf seriöse Studien, welche den positiven Effekt von Fahrradstraßen auf den Einzelhandel belegen. Entgegen den Ausführungen von Frau Krause habe sich der ADFC durchaus für eine Fahrradstraße in der Laurentiusstraße ausgesprochen.

Auf Anfrage von Herrn Außendorf wiederholt Herr Euler, dass der Beschluss zur Realisierung einer Fahrradstraße beanstandet werden müsste, wenn nicht alsbald zu erwarten sei, dass der Radverkehr vorherrschende Verkehrsart wird. Eine Testphase sei allerdings in der Straßenverkehrsordnung möglich. Sollte sich in der Testphase zeigen, dass der Autoverkehr weiterhin vorherrschende Verkehrsart bleibt, müsste ein Rückbau der Straße erfolgen.

Herr Waldschmidt und Herr Kochan schließen daraus, dass ein Beschluss zur Fahrradstraße zunächst rechtlich nicht zu beanstanden sei.

Nach Abwägung aller Pro und Contra Argumente sei aus sachlichen Erwägungen eine Fahrradstraße nach Auffassung von Herrn Krell die erfolgversprechendste Lösung.

Herr Maus und Herr Wagner halten eine Fahrradstraße für die Anwohner für unzumutbar und fordern den im Beschlussvorschlag vorgesehenen Beteiligungsprozess der Anlieger.

Angesichts des bestehenden Zu- und Abfahrtverkehrs zum Parkhaus an der Laurentiusstraße sei nach Auffassung von Frau von Berg das Ziel, den Radverkehr zur vorherrschenden Verkehrsart zu entwickeln, zum Scheitern verurteilt.

Auf Anfrage von Herrn Cremer sagt Herr Flügge zu, dass geprüft werde, ob eine E-Ladesäulen mit entsprechenden Parkplätzen im oberen Bereich der Laurentiusstraße bereits genehmigt seien und welche Auswirkungen sich durch eine Fahrradstraße auf diese Genehmigungen auswirken.

Im Gegensatz zu Herrn Höring möchte Herr Ebert eine variantenoffene Grundsatzdebatte mit den Anwohnern über die Gestaltung der Laurentiusstraße vermeiden. Seiner Ansicht nach könne lediglich eine Anwohnerbefragung zu einer vorgeschlagenen Variante erfolgen.

Herr Dr. Cramer unterbricht die Sitzung zu einer zweiten Stoßlüftung von 19:47 bis 19:58 Uhr.

Aufgrund des Diskussionsverlaufs beantragt Herr Kraus für die CDU Fraktion als Kompromiss eine 6-monatige Testphase einer Fahrradstraße mit einer variantenoffenen Bürgerbeteiligung.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über die Fraktionsanträge abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der AFD Fraktion)

Das von der AFD beantragte Moratorium wird abgelehnt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion)

Der Antrag der CDU Fraktion bezüglich einer 6-monatigen Testphase einer Fahrradstraße und einer variantenoffenen Bürgerbeteiligung wird abgelehnt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss zum Antrag der Ampelfraktionen: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion, der AFD Fraktion und der Bürgerpartei GL)

1. Der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität (ASM) nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der ASM beschließt die Variante 4 (Fahrradstraße).

3. Der ASM beschließt die Einbindung der Bevölkerung für die Variante 4.

14. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach vom 29.11.2020 zur Entwicklung einer Teilstrecke der Radverkehrsachse Rösrath - Bergisch Gladbach - Leverkusen
0048/2021

Herr Außendorf teilt mit, dass die Ampelfraktionen dem Antrag offen gegenüberstehe und bis zum Vorliegen der Studie des Büros Orange Edge für eine wohlwollende Vertagung plädiere.

Herr Kraus schließt sich dem Vertagungsantrag an.

Nach Ausführungen von Herrn Nuding solle die Wegeführung über den Bahndamm aktuell lediglich angestrebt werden. Dies sei kein Ausschlusskriterium. Mit dem Antrag solle die Kommunikation mit dem Kreis angestoßen werden.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Freie Wählergemeinschaft)

Der Antrag wird bis zum Vorliegen der Studie des Büros Orange Edge vertagt.

15. Antrag der CDU Fraktion vom 27.11.2020, die Probephasenentscheidung für Radstreifen entlang der Buddestraße auszusetzen
0049/2021

Herr Klein beantragt, über den Antrag erst nach der Datenerhebung zu beschließen.

Herr Waldschmidt verweist auf den einstimmigen Beschluss des AUKIV und plädiert dafür, es bei der beschlossenen Probephase zu belassen.

Herr Kraus plädiert dafür, im Sinne der Sicherheit der Radfahrer über alternative Wegführungen nachzudenken.

Herr Ebert verweist darauf, dass in der geplanten Studie die alternativen Routen einbezogen werden. Er und auch Herr Außendorf machen deutlich, dass es nun vorrangig darum gehe, die Sicherheit der Radfahrer durch einen Schutzstreifen kurzfristig zu erhöhen und das Mobilitätskonzept nicht laufend in Frage zu stellen.

Sodann lässt Herr Dr. Cramer zunächst über den Antrag der Bürgerpartei GL abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (gegen die Stimme der Bürgerpartei GL)

Der Antrag, zunächst die Verkehrszählung, die Errichtung der Messstation für Luftschadstoffe und die Anwohnerbefragung abzuwarten, wird abgelehnt.

Sodann lässt Herr Dr. Cramer über die beiden Punkte des CDU Antrags einzeln abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse:

- Der Punkt 1 des CDU Antrags wird abgelehnt. (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion und der AFD Fraktion)
- Der Punkt 2 des CDU Antrags wird abgelehnt. (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion, der Bürgerpartei GL und der AFD Fraktion)

16. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2021 "Lokaler Einzelhandel und lokale Wirtschaft fördern - kostenlose Parkzeit auch in 2021 verlängern"
0057/2021

Während Herr Wagner sich durch die vorgeschlagene Maßnahme sich eine Attraktivitätssteigerung für den Einzelhandel verspricht, plädiert Herr Außendorf aufgrund der zu erwartenden geringen Auswirkungen für eine Beibehaltung der aktuellen Regelung.

Nach Ausführungen von Herrn Waldschmidt eigne sich die "Brötchentaste" nicht zu einem Instrument zur Wirtschaftsförderung.

Herr Kochan spricht sich dafür aus, die Parkgebühren zielgerichtet einzusetzen.

Während die Herren Kraus, Wagner und Klein sich einen positiven Effekt aus der Verlängerung der Parkzeit für den Einzelhandel versprechen, sind die Herren Ebert und Krell der Auffassung, dass sich dies als ein dafür untaugliches Mittel erweist.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion, der AFD Fraktion, der Fraktion Freie Wählergemeinschaft und der Bürgerpartei GL)

Der Antrag der CDU Fraktion wird abgelehnt.

17. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2021 zu Lärmschutzmaßnahmen auf der L289 zwischen Moitzfeld und Herkenrath
0051/2021

Frau von Berg weist darauf hin, dass sich der Fahrradweg im Bereich der Einfahrt Neuenhaus aufgrund der Wurzeln unter dem Belag in einem katastrophalen Zustand befindet und bitte um Abhilfe.

Frau Krause sagt zu, man werde diesbezüglich mit der zuständigen Behörde (Straßen.NRW) sprechen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der Bürgerpartei GL)

Der Ausschuss stimmt dem CDU Antrag zu.

18. Anfrage der CDU Fraktion vom 26.01.2021 zum Gefälle der Schloßstraße
0116/2021

Herr Dr. Cramer weist darauf hin, dass es zu der Anfrage eine ergänzende Darstellung der Verwaltung gebe, sowie einen Antrag der Ampelfraktionen.

Frau Mehrtens erläutert die schriftliche Vorlage anhand einer bildlichen Präsentation und anhand der vor der Sitzung auf die Plätze verteilten Darstellung der vorgegebenen "Gefällezwangspunkte" und zeigt die langfristige Perspektive zu Punkt 2 der Anfrage auf.

Herr Euler teilt mit, dass die Ordnungsbehörde noch keine Lösung zur verkehrssicheren Nutzung der Märkte erarbeiten konnte (Punkt 1 der Anfrage).

Herr Höring zeigt sich irritiert, dass der heute erst verteilte Antrag der Ampelfraktionen zur Abstimmung gestellt werden soll, obwohl eine Dringlichkeit des verspätet eingegangenen Antrages nicht ersichtlich sei.

Herr Dr. Cramer teilt mit, dass der Antrag in Absprache mit der Verwaltung als Ergänzung des Tagesordnungspunktes 18 mit in die Diskussion aufgenommen wurde. Da es bereits einen TOP "Gefälle Schloßstraße" gebe, sei man daher der Auffassung, dass die Prüfung der Dringlichkeit entbehrlich sei. Es handle sich nicht um eine verspätet beantragte Erweiterung der Tagesordnung.

Auf Anfrage von Herrn Held bestätigt Frau Mehrtens, dass langfristig eine Reduzierung des Gefälles auf 6-8% erreichbar sein könnte.

Frau Rickes bittet darum, kurzfristig coronakonforme Lösungen zu entwickeln, um eine Abwanderung der Marktkundschaft zu vermeiden.

Auf Anfrage von Herrn Maus stellt Herr Ebert fest, dass die vorgegebene Barrierefreiheit der DIN Norm 18040 eingehalten werde. Aufgrund der Funktionenvielfalt auf der Schloßstraße lassen sich Abwägungen der einzelnen Funktionen untereinander nicht vermeiden.

Herr Dr. Cramer unterbricht die Sitzung von 21:10 Uhr bis 21:18 Uhr für eine dritte Stoßlüftung.

Zur Vermeidung eines Streits über die Zulässigkeit des Antrags teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass die Ampelfraktionen ihren Antrag zurück ziehen und in den Hauptausschuss verweisen.

Mit dieser Verweisung des Antrags in den Hauptausschuss zeigt sich der Ausschuss einstimmig (bei Enthaltungen der CDU Fraktion, der AFD Fraktion, sowie der Bürgerpartei GL) einverstanden.

19. Antrag der CDU Fraktion vom 27.01.2021 auf Ermittlung der Kosten eines dynamischen Mobilitätsleitsystems für die Bensberger Innenstadt
0110/2021

Nach Ausführungen von Herrn Krell erübrige sich eine erneute Beschlussfassung, da der Antrag bereits der Beschlusslage entspreche. Die Verwaltung bestätigt dies unter Verweis auf das Protokoll der letzten Sitzung des ASM.

20. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.06.2019 zur Errichtung eines Fußgängerübergangs Niedenhof/Ecke In der Auen sowie einer Beschilderung zur Verdeutlichung des Schulweges**
0052/2021

Herr Klein teilt mit, dass die Bürgerpartei GL ihren Antrag zurückziehe.

21. **Antrag der SPD Fraktion, der FDP Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.0.2021 zur Schaffung von Investitionstransparenz für den Ausbau der Radinfrastruktur**
0124/2021

Herr Schmitz und Herr Außendorf können nicht nachvollziehen, warum die aufgeschlüsselte Darstellung der Ausgaben problematisch sein könnte.

Herr Wagner kann die Schwierigkeiten der Verwaltung durchaus nachvollziehen.

Frau Krause verweist auf den erheblichen Aufwand und die dadurch verursachte hohe zusätzliche Belastung der Verwaltung. Entsprechend der Darstellung in der Vorlage sagt sie aber zu, die Umsetzbarkeit und Praktikabilität der Forderung prüfen zu wollen.

Herr Flügge ergänzt, dass das Prüfergebnis alsbald dem Ausschuss mitgeteilt werde.

Herr Außendorf ist der Auffassung, dass eine standardisierte Darstellung in einer nachvollziehbaren Aufschlüsselung im Rahmen des Investitionscontrollings mit verträglichem Aufwand möglich sein müsste.

Herr Ebert, Herr Krell und auch Herr Höring können diese Auffassung teilen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen 5 Stimmen der CDU Fraktion, bei 2 Enthaltungen der CDU Fraktion und Enthaltung der AFD Fraktion)

Die Verwaltung wird beauftragt, die zukünftigen Ausgaben für den Bau und die Erneuerung der Fahrradinfrastruktur in Bergisch Gladbach transparent darzustellen. Die Struktur und Aufarbeitung der Informationen soll sich dabei an den Erfordernissen des Nationalen Radverkehrsplans orientieren.

22. **Antrag der SPD Fraktion, der FDP Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.01.2021 zum Stadtradeln 2021**
0125/2021

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Antrag der Ampelfraktionen wird zugestimmt.

23. Anregung vom 04.03.2020, in der Straße Im Kleefeld eine Halteverbotszone einzurichten
0053/2021

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Anregung wird abgelehnt.

24. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Außendorf verweist auf seine schriftlich eingereichte Anfrage, inwieweit die Verwaltung die Aufgaben eines Beauftragten für den Rad- und Fußverkehr mit vorhandenem Personal abdecken kann oder ob es dazu einer Aufstockung im Stellenplan bedarf.

Frau Krause macht deutlich, dass dies mit dem vorhandenen Personal keinesfalls möglich sein wird.

Herr Zalfen bittet die Verwaltung mit dem Flughafenbetreiber abzuklären, ob die Start- und Landevorgaben hinsichtlich der Flugrouten während der Pandemie aufgehoben wurden.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Cramer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:49 Uhr.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

2. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine

4. Anträge der Fraktionen

Keine

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Keine

Herr Dr. Cramer bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21:50 Uhr.

gez. Dr. Cramer
Vorsitzender

gez. Assmann
Schriftführer